

Protokoll

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am Dienstag, 14. Mai 2024 um 18:00 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Vorsitzende

Henkels, Anette

Ausschussmitglieder

Bani Ardalan, Christian

Vertretung für Frau Retzlaff

Becker, Tanja

Bennecke, Hendrik

Vertretung für Frau Riegelmann,
zugleich OR Alvesrode

Galas, Eckart

Hackert, Thorsten

Teilnahme ab 18:15 Uhr

Holzmann, Norman

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Vertretung für Frau Mariß

Ortsratsmitglieder

Fritzler, Jens

OR Alvesrode, zu TOP 6.1 - öffentlicher Teil

Gonschorek, Caroline

OR Alvesrode, zu TOP 6.1 - öffentlicher Teil

Grundmandatsträger

Nagel, Klaus

Beratende Mitglieder

Borgolte, Michael

Vertretung für Herrn Wall

Von der Verwaltung

Becker, Kerstin

als Protokollführerin

Klostermann, Jörg

Meißner, Marius

Niemann, Cedric

zu TOP 6.1 - öffentlicher Teil

Es fehlen entschuldigt

Mariß, Lisa Marie

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

Wall, Günther

Gast

Gering, Viktor

energielenker projects GmbH, zu TOP 6.1 -
öffentlicher Teil

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Henkels begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie schlägt vor, den TOP 6.1 vorzuziehen und nach der Protokollgenehmigung zu beraten, da ausschließlich zu diesem TOP ein Gast anwesend ist.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu. Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor. Frau Henkels stellt die geänderte Tagesordnung fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anfragen der Zuhörenden

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der 22. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 16.04.2024 - öffentlicher Teil-

Folgender Beschluss wird mit **7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** gefasst:

Das Protokoll der 22. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz am 16.04.2024 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

Bei der Genehmigung des Protokolls war ein stimmberechtigtes Ausschussmitglied noch nicht anwesend.

4. Lärmaktionsplan der Stadt Springe (Hauptverkehrsstraßen, 4. Runde) 524/2021-2026 - 2

- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit in Anlehnung an § 3 (2) BauGB
- Ergebnis der Beteiligung der Behörden in Anlehnung an § 4 (2) BauGB
- Beschluss des Lärmaktionsplans 2024

Dieser Tagesordnungspunkt wird zeitlich nach TOP 6.1 beraten.

Herr Meißner erläutert, dass der Entwurf des Lärmaktionsplans (LAP) dem Ausschuss bereits im Januar 2024 vorgestellt wurde. Bei der Aufstellung des LAP handele es sich um eine Pflichtaufgabe. Während der Veröffentlichung der Unterlagen sind einige Stellungnahmen von Bürgern, überwiegend wegen Lärmbelastungen durch die B 217, eingegangen. Herr Meißner teilt mit, dass diese Anregungen an die Niedersächsische Straßenbauverwaltung als zuständiger Baulastträger weitergegeben werden. Dieser müsse prüfen, ob Maßnahmen zur Lärminderung durch Schallschutzwände oder Geschwindigkeitsbegrenzungen durchgeführt werden.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat, die unten genannten Beschlüsse zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat, die unten genannten Beschlüsse zu fassen.

Der Rat der Stadt Springe beschließt zum Lärmaktionsplan der Stadt Springe (Hauptverkehrsstraßen, 4. Runde):

1. Über die Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung in Anlehnung an § 3 (2) BauGB, entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung (Anlage 1),
2. über die Äußerungen der Behörden in Anlehnung an § 4 (2) BauGB, entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung (Anlage 2),
3. den vorgelegten Lärmaktionsplan 2024 (Hauptverkehrsstraßen, 4. Runde), (Anlage 3)

**5. Sofortprogramm Perspektive Innenstadt 130/2021-
Gestaltungskonzept Innenstadt - Umsetzung weiterer Maßnahmen 2026 - 7**

Herr Meißner berichtet kurz über das im Rat beschlossene Gestaltungskonzept zur Innengestaltung der Kernstadt. Aktuell werde die Errichtung eines Parklets umgesetzt.

Als weitere Maßnahmen sind Bodenmarkierungen, Sitzmöbel bzw. Sonnenliegen und die Gestaltung des Marktplatzes geplant. Eine kurzfristige Umsetzung der aufgezählten Maßnahmen soll geprüft werden, ggf. sollen Mittel in den Haushalt 2025 eingestellt werden.

Herr Overesch erkundigt sich, wann und wie die Anlieger und Gewerbetreibenden zu den Maßnahmen beteiligt werden.

Herr Klostermann antwortet, es werde für Markierungen und die Aufstellung von Sonnenliegen keine vorherige Veröffentlichung geben. Allerdings werde die Aufbringung von Bodenmarkierungen in enger Abstimmung mit den Ortsrat Springe erfolgen.

Herr Overesch betont, dass die Beteiligung der Anlieger und Geschäftsleute bei der Umgestaltung des Marktplatzes oberste Prämisse haben sollte.

Herr Meißner erklärt, dass es für die Aufstellung von Stadtmöbeln keine vorherige Beteiligung der Öffentlichkeit geben werde, die Pläne zur Umgestaltung des Marktplatzes aber zu gegebener Zeit öffentlich im Planungsausschuss vorgestellt würden.

Herr Holzmann fragt nach der Möglichkeit, für die Maßnahmen Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Herr Klostermann antwortet, dass lediglich für die Umgestaltung des Marktplatzes eine Förderung geprüft werden könne.

Herr Bennecke beantragt, einzeln über die drei in der Drucksache aufgeführten Maßnahmen abzustimmen.

Die Ausschussmitglieder lehnen diesen Antrag mit **4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** mehrheitlich ab.

Folgender Beschluss wird mit **6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unten genannten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Fortsetzung des Vorhabens auf Grundlage des vorgestellten Handlungs- und Finanzierungskonzeptes und beauftragt die Verwaltung mit der Fortsetzung des Vorhabens.

Der Ortsrat Springe nimmt den Beschluss zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Nahwärme Alvesrode

Dieser Tagesordnungspunkt wird zeitlich nach TOP 3 beraten.

Herr Klostermann erklärt, dass auf Grund eines Ratsbeschlusses die Firma energielenker projects GmbH beauftragt wurde, ein Konzept zur Nahwärme Alvesrode zu erstellen. Anschließend begrüßt er Herrn Gering, der das Konzept heute vorstellt.

Herr Gering erläutert mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation Einzelheiten zur Wärmebedarfsermittlung für den Stadtteil Alvesrode. Es ergibt sich ein jährlicher Bedarf von 3332 MWh pro Jahr. Herr Gering betont, dass die Bedarfszahlen modellhaft errechnet seien.

Im Zuge der Potentialermittlung wurden Geothermie, Photovoltaik und Biogas betrachtet.

Der Nutzen aus der Geothermie wird als gering eingeschätzt. Mit der Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Kapelle, des Feuerwehrhauses und des Dorfgemeinschaftshauses könnte jährlich ca. 130 MWh Strom erzeugt werden.

Die bestehende Biogasanlage könnte bei dauerhaftem Betrieb bis zu 2500 MWh Strom erzeugen.

Herr Gering stellt zwei Energieversorgungsvarianten vor und erläutert, dass es in jedem Fall zu Netzverlusten komme. Es müsse also mehr Strom erzeugt werden, als tatsächlich benötigt werde. Variante 1 legt eine minimale Sanierung der bestehenden Gebäude zugrunde, Variante 2 geht von einer optimalen Sanierung aus. Beide Varianten sehen bei der Stromversorgung eine Kombination aus Biogasanlage und Hackschnitzelkessel vor und unterscheiden sich im Aufbau kaum.

Herr Gering erläutert weiter, dass man bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung einen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren zugrunde gelegt habe. Die Energiepreise seien geschätzt worden.

Herr Reinhardt fragt, ob die Kosten für das Wärmenetz, den Hackschnitzelkessel, die Hausanschlüsse und die Leitungen bereits in den Investitionskosten enthalten seien.

Herr Klostermann antwortet, Kosten für die Straßenwiederherstellung und Ähnliches seien im Energieversorgungskonzept nicht berücksichtigt. Eine genauere Planung soll noch erfolgen.

Frau Henkels erkundigt sich, wie viele Haushalte für einen kostendeckenden Betrieb erforderlich sind. Herr Gering sagt, es sei mit 99 Hausanschlüssen gerechnet worden, und das Konzept sei wirtschaftlich.

Einige Ausschussmitglieder sehen die geschätzten Energiebeschaffungskosten für den Betrieb des Hackschnitzelkessels als zu niedrig an.

Herr Nagel fragt, ob für die erforderliche Wärmedämmung mit durchschnittlich 25.000 - 30.000 € pro Wohneinheit gerechnet worden sei. Herr Gering bestätigt, dass dies für die Variante 2 (optimale Sanierungsmaßnahmen) zutreffend sei.

Herr Overesch möchte wissen, welche Menge Hackschnitzel benötigt werden. Dazu gehöre seiner Meinung nach auch die Betrachtung der Anlieferung, also der zu erwartende LKW-Verkehr. Außerdem kritisiert er, dass die dargestellten Holzhackschnitzel mit dem geringen Feuchtigkeitswert kaum zu beschaffen wären.

Herr Gering kann keine genaue Aussage zur Menge machen. Er werde dies aber nachsehen und die Menge über das Protokoll mitteilen lassen.

Anmerkung der Verwaltung:

Herr Gering hat folgende Informationen zu den Hackschnitzeln mitgeteilt.

- *Heizwert von ca. 307 MWh/t Kesselwirkungsgrad*
- *Eine LKW-Ladung kann ca. 30 t Hackschnitzel beinhalten.*
- *In den kältesten Monaten werden die meisten Lieferungen notwendig.*
- *In den wärmsten Monaten sind ggf. keine Lieferungen notwendig, wenn die BGA ausreichend Wärme bereitstellt.*
- *Etwa 2/3 der Menge muss innerhalb der kältesten 4 Monate geliefert werden.*

	Variante 1	Variante 2	
Wärmebedarf inkl. Netzverluste	4024	2747	MWh/a
Wärme aus Hackschnitzelkessel	1408	440	MWh/a
Brennstoffeinsatz: Hackschnitzel	1534	479	MWh/a
Masse Hackschnitzel	499	156	t/a
Bei 30 t pro Lieferung	17	6	Lieferungen/a
Bei 50 t pro Lieferung	9	3	Lieferungen/a

Herr Holzmann ist nach der aufschlussreichen Präsentation der Meinung, die Variante 2 sei wegen der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen auszuschließen. Er spricht die Inanspruchnahme von Fördermitteln an und fragt, ob die Machbarkeitsstudie selbst auch förderfähig sei. Herr Gering antwortet, es sei keine Machbarkeitsstudie, sondern ein Energieversorgungskonzept erstellt worden.

Herr Galas erkundigt sich, ob die Nutzer der Nahwärme die Kosten für den Hausanschluss tragen müssen. Herr Gering bestätigt dies.

Herr Bani Ardalan sieht die Möglichkeit der Geothermie-Nutzung als gering an und fragt, ob das an der Region liege. Herr Gering erklärt, die Planungsvarianten seien ohne die Nutzung der Geothermie erstellt worden, da die benötigte Fläche hierfür sehr groß wäre. Grundsätzlich sei die Nutzung von Geothermie in Springe möglich, allerdings nur im Neubaubereich, nicht für Altbauten.

Frau Henkels fragt, welche Maßnahmen förderfähig sind und wie die praktische Umsetzung der Nahwärmeversorgung für Alvesrode erfolgen könne.

Herr Gering antwortet, für kommunale Wärmeplanungen sei eine Förderung bis zu 50 % möglich. Investitionskosten könnten bis zu 40 % gefördert werden. Er erklärt weiter, dass bei der Umsetzung die Gründung einer Genossenschaft vermutlich die beste Lösung sei.

Frau Henkels möchte wissen, was auf die Stadt Springe in Bezug auf die städtischen Gebäude (Photovoltaikanlagen auf Kapelle, Feuerwehr und Dorfgemeinschaftshaus) zukäme. Herr Klostermann sagt, die Stadt würde sich an das zukünftige Netz anschließen. Das Versorgungsnetz sollte seiner Meinung nach allerdings von einem Investor geplant und entwickelt werden. Die Stadtwerke Springe hätten bereits ein eigenes Nahwärmenetz und zurzeit an einem Ausbau in Alvesrode kein Interesse. Somit werde es keine Beteiligung der Stadt Springe geben.

6.2 Mitteilung zum Sachstand des Siedlungsflächen-Entwicklungskonzept

Herr Meißner teilt mit, dass zurzeit die erneute Angebotsabfrage vorbereitet werde. Die Abgabe der Angebote werde für Juni 2024 erwartet, und wenn alles planmäßig verlaufe, könne mit der Vergabe des Konzeptes im August 2024 gerechnet werden.

6.3 Mitteilung zum Outlet-Center Soltau

Herr Meißner berichtet, dass die Stadt Springe im Jahr 2022 an der geplanten Erweiterung des Outlet-Centers beteiligt wurde. Das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium habe den Antrag auf Erweiterung der Verkaufsfläche von 10.000 auf 15.000 m² abgelehnt.

6.4 Mitteilung zum Start des EnergieMonitors

Herr Klostermann berichtet von der Einführung des EnergieMonitors für die Stadt Springe. Unter dem Link <https://energiemonitor.avacon.de/springe> und auf der Internetseite der Stadt Springe könne nun abgerufen werden, wieviel Strom in Springe erzeugt und wieviel Strom verbraucht wird. Die Daten werden im 15-Minuten-Rhythmus aktualisiert.

7. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Es werden keine Fragen gestellt.

8. Anfragen der Ausschussmitglieder

8.1 Anfrage zur Vorstellung des Sanierungsmanagement

Herr Holzmann fragt, wann die ausgefallene Vorstellung des Sanierungsmanagements der Springer Quartiere durch Herrn Schwitalski von den Stadtwerken nachgeholt wird.

Herr Klostermann antwortet, dass die Vorstellung erst in der August-Sitzung erfolgen könne, da Herr Schwitalski zur heutigen Sitzung leider verhindert sei.

8.2 Anfrage zu abschließbaren Fahrradabstellplätzen - Bike+Ride

Herr Galas erkundigt sich nach dem Sachstand der geplanten abschließbaren Fahrradabstellplätze (Bike+Ride) am Bahnhof in Völksen.

Herr Klostermann sagt zu, diesbezüglich im zuständigen Fachdienst Tiefbau nachzufragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Fachdienst Tiefbau teilt mit, dass die Bike+Ride-Anlagen an den Bahnhöfen Völksen und Bennigsen von einem Ingenieurbüro geplant werden. Da die Fahrradabstellplätze auf Flächen der DB errichtet werden sollen, müssen diesbezüglich noch Absprachen mit der Bahn getroffen werden. Mit dem Bau der Anlagen ist in der 2. Jahreshälfte 2024 zu rechnen.

8.3 Anfrage zur Anzeige des Bärlauch-Diebstahls

Herr Hackert erachtet die von Fachdienst Forst abgegebene Stellungnahme zum Bärlauch-Diebstahl als ungenügend und nicht korrekt. Er hat schriftlich Fragen notiert, welche er gern über das Protokoll beantwortet hätte.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Ratssitzung am 02.05.2024 wurde das Thema auch diskutiert. Im Anschluss hat sich die Verwaltung entschieden, eine Anzeige zu stellen. Es ist dann Sache der Polizei zu entscheiden, inwieweit diese weiterverfolgt werden kann.

Ende des öffentlichen Teils: 19:41 Uhr